

Der Sankt Galler Streit um die

Nicht immer war das Verhältnis zwischen der SP und den Gewerkschaften gut. So auch in Sankt Gallen im Zeitraum von 1985–1995, wo der Streit exemplarisch die Veränderungen innerhalb der SPS nach 1968 aufzeigt.

Die kantonalen Wahlen von 1972, an denen erstmals auch die Frauen teilnehmen konnten, brachten der SP eine herbe Niederlage. Ihre Vertretung im 180-köpfigen Grossen Rat (heute Kantonsrat) sank auf 21 Mandate, ein historisches Tief. Wie die Ostschweizer AZ feststellte, machten in den industriellen Bezirken mit hohem Fremdarbeiteranteil «viele linke Wählerinnen und Wähler einen Schwenker nach rechts». Aus dem Gefühl, zu den Verlierern des Wachstums zu gehören, gaben sie ihre Stimme den Republikanern von James Schwarzenbach, dessen Überfremdungsinitiative 1970 im Kanton wie in der übrigen Schweiz nur knapp verworfen worden war.

Diese Abwanderung von Arbeiterwählern und -wählerinnen markierte zugleich den Beginn einer tiefgreifenden Umstrukturierung: 1971 gehörten der Partei 2400 Mitglieder an, dann sank ihre Zahl bis 1986 auf 1600. Vor allem die Mitgliederzahlen der grossen Sektionen in den industriellen Zentren nahmen ab, während in den Agglomerationsgemeinden kleine neue Sektionen entstanden. Diese wurden in erster Linie von Angestellten, Intellektuellen und Beamten mit ökologischem Bewusstsein gegründet. Als Folge des Übergangs von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft nahm deren Gewicht bei einer gleichzeitigen Verjüngung der Partei auf Kosten der Arbeiterinnen und Arbeiter zu; parallel erhöhte sich der Anteil der Frauen.



Zum 125-Jahr-Jubiläum der SP Schweiz erscheint am 26. November die zweisprachige Publikation «Einig – aber nicht einheitlich»/ «Une pensée unie – mais pas unique» im Limmat Verlag. Es kann über die Webseite www.redboox.ch zum Buchhandelspreis von Fr. 68.– bestellt werden.

In enger Verzahnung mit nationalen und internationalen Themen und Entwicklungen wie dem Waldsterben (nach 1983), der «Fichen-affäre» (1988/89), dem Zusammenbruch des Ostblocks (1990/91) und der europäischen Einigung griffen die meist gut ausgebildeten und jüngeren Mitglieder neue Themen auf, so den Umweltschutz, den Feminismus, die Situation der Dritten Welt, die Friedensarbeit und den Ausstieg aus der Kernenergie. Mit diesen Zielen stiessen sie mit der alten Basis der Partei aus der gewerkschaftlich organisierten Industriearbeiterschaft zusammen, die in der Hochkonjunktur für Vollbeschäftigung und einen steigenden Lebensstandard gekämpft hatte.

Der Kantonale Gewerkschaftsbund reagierte empört und erklärte die besonderen Beziehungen zur Sozialdemokratischen Partei für beendet.

Das Bündnis von Partei und Gewerkschaften zerbricht

Zum offenen Bruch zwischen den «Pragmatikern» und den «Ökosozialisten» kam es, als im Herbst 1985 nach dem krankheitsbedingten Ausscheiden des allseits geachteten Florian Schlegel (1935–1993) überraschend der linkskritische Fraktionsführer im Grossen Rat, Rechtsanwalt Rolf Vetterli (*1943), zum Kandidaten für die Wahlen in die Regierung erkoren wurde und damit das Rennen gegen Alt-Nationalrat Hans Schmid (*1935) deutlich gewann. Auf die Niederlage seines Kandidaten reagierte der Kantonale Gewerkschaftsbund «empört» und erklärte «die besonderen Beziehungen zur Sozialdemokratischen Partei» für beendet.

Wenige Tage später nominierte ein «Komitee für eine alternative Regierungsratswahl» den langjährigen Gewerkschaftssekretär Toni Falk (1928–1998) als Kampfkandidaten. Falk verstand sich als gemässigter Vertreter von Arbeitnehmeranliegen. Er hob vor allem seine Verdienste um die 1981 durchgeführte Sanierung der Ostschweizer AZ hervor. An einer tumultartig verlaufenen Delegiertenversammlung erhielt er knapp die offizielle Unterstützung des Kantonalen Gewerkschaftsbundes.

Nachdem Rolf Vetterli wegen seiner Unterschrift für die GSoA-Initiative «Schweiz ohne Armee» unter massivem Druck der bürger-

lichen Parteien hatte ausscheiden müssen, schlug die SP ihren Präsidenten Walter Ammann (*1946) als neuen Kandidaten vor. In der Ersatzwahl von Ende Oktober erreichte Falk, offiziell unterstützt von den Freisinnigen, zwar die meisten Stimmen, verfehlte aber das absolute Mehr deutlich.

Dank der anschliessenden Nomination von Nationalrat Hans Rohrer (*1936), der sich den Delegierten als «gemässigter Sozialdemokrat» präsentierte, bei gleichzeitigem Verzicht von Ammann und Falk, konnte der Riss zwischen «gemässigten» und «linkskritischen» Kräften einigermaßen gekittet werden. Hans Rohrer wurde im Januar 1986 zum neuen Regierungsrat gewählt. Zugleich übernahm der junge

Jurist Paul Rechsteiner (*1952) das Mandat Rohrers im Nationalrat.

Der Friede war aber von kurzer Dauer. In den Kantonsratswahlen 1988 und 1992 traten Teile der Gewerkschaften im Bezirk St. Gal-



politische Ausrichtung



len mit einer eigenen Liste an. Mit deutlicher Spitze gegen ökologische Parteianliegen verkündete die Gruppierung «Gewerkschaftsbund, unabhängige Arbeitnehmer, Mieter und Rentner», dass «die Verteufelung der Automobilisten» aufhören müsse. Obwohl auf eigener Liste gewählt, gehörten die beiden Kantonsräte Toni Falk und Werner Wälti (*1930) weiter der SP-Fraktion an.

«Ein Falke gegen Linke»

Neues Streitobjekt wurde das Volkshaus an der Lämmlisbrunnstrasse, das 1898/99 als erstes Volkshaus der Schweiz durch den Arbeiterbildungsverein errichtet und 1977 umfassend renoviert worden war. Nachdem 1990 ein «Kollektiv junger Leute» die Pacht des Gewerkschaftsrestaurants übernommen hatte, kam es mit der Volkshausgenossenschaft um die Nutzung der Säle zum Zerwürfnis. Nach Ansicht des Genossenschaftsvorstandes wurden die Sitzungszimmer zweckentfremdet und den Gewerkschaften standen zu wenige Räume zur Verfügung.

Genossenschaftspräsident Toni Falk kündigte darauf den bis Februar 1994 abgeschlossenen Vertrag, was massive Kritik auslöste. Das Begehren von rund 80 linken Gewerkschaftern und SP-Mitgliedern, in die Genossenschaft aufgenommen zu werden, um die beliebte «Kollektivbeiz» zu erhalten, wurde vom Vorstand als «feindliche, überfallmässige Übernahme» abgelehnt. Gleichzeitig nahm die Genossenschaft über 100 neue Mitglieder «aus dem Umfeld der Vorstandsmehrheit» auf. Der Rheintaler GBI-Sekretär Ueli Stoffer bezeichnete das Vorgehen der Genossenschaft unter Leitung Falks als «politischen Willkürakt» und nannte dessen Vorgehen «eine Strategie der persönlichen Machtsicherung auf Kosten der ganzen Gewerkschaftsbewegung.»

Das Engagement und die Kritik aus anderen Teilen der Gewerkschaftsbewegung blieben ohne Wirkung auf den Geschäftsführer des St. Galler Gewerkschaftsbundes. Falk warf seinen Kritikern vor, sie «wollten den Gewerkschaftsbund einpacken und an die SP binden», dabei müsse man die SP-Mitglieder in der Gewerk-

schaft «mit der Lupe suchen». Gestärkt durch die Neuaufnahme linientreuer Mitglieder, strich die Volkshausgenossenschaft ein Jahr später die Verpflichtung zur Führung eines «Wirtschaftslokals» aus den Statuten und hielt an der Kündigung fest. Als die SP-Kantonsratsfraktion darauf beschloss, die Zusammenarbeit mit Falk zu suspendieren, traten die Gewerkschaftsvertreter aus der Fraktion aus.

Im Mai 1993 reisten die Spitzenfunktionäre der Gewerkschaften, Christiane Brunner, Walter Renschler und Vasco Pedrina, zur Vermittlung nach Sankt Gallen. Volkshaus-Besucher empfingen sie dort mit Plakaten: «Christiane, Vasco und Walter, rettet das Volkshaus.» Das Treffen endete ohne greifbare Resultate. Toni Falk hielt an seiner Position fest, das Volkshaus für die Gewerkschaften zurückzuholen und es nicht zum «Klubhaus des rot-grünen Kuchens» werden zu lassen.

Auch eine von 448 Personen unterzeichnete Petition an den Vorstand der Volkshausgenossenschaft im Januar 1994, den Betrieb mit dem «gegenwärtigen Wirtekollektiv» weiterzuführen, blieb ohne Erfolg. Die Volkshausgenossenschaft übergab das Restaurant im März an einen neuen Pächter, während das «Volkshausteam» 1996 in die «Hintere Post» einzog, die sich in den folgenden Jahren zum neuen Treffpunkt der sanktgallischen Linken entwickelte.

Nach dem vollzogenen Generationenwechsel verlor der Konflikt mit den Gewerkschaften unter dem Eindruck fortschreitender Globalisierung und dem Aufstieg der SVP im Kanton St. Gallen rasch an Bedeutung. Der «öko-soziale» Kurs, um den in den 1980er- und 1990er-Jahren hart gestritten worden war, wurde zur selbstverständlichen Grundlage der Partei- und Gewerkschaftsarbeit.

Von **Max Lemmenmeier**. Er ist Mitautor beim Jubiläumsbuch «Einig – aber nicht einheitlich».